

Bericht	Geschäftsbereich	Bürgerbeteiligung, Recht, Beteiligungsmanagement, E-Government
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 003 - Bürgeramt
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Jochen Siegfried 563 4500 563 8065 jochen.siegfried@stadt.wuppertal.de
	Datum:	01.02.2016
	Drucks.-Nr.:	VO/0088/16 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
23.02.2016	Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und Betriebsausschuss ESW	Entgegennahme o. B.
Kurzzusammenfassung des GPA Berichtes –Sicherheit und Ordnung- für das Einwohnermeldeamt		

Grund der Vorlage

Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt

Beschlussvorschlag

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegengenommen.

Unterschrift

Paschalis

Begründung

1: Zentralisierung des Einwohnermeldeamtes

Das Einwohnermeldeamt ist eine Ordnungsbehörde mit dem gleichzeitigen Anspruch, serviceorientierter Dienstleister für die Bevölkerung zu sein.

Die Aufgabenerbringung unterliegt aufgrund wechselnder gesetzlicher Rahmenbedingungen in den letzten Jahren extremen Veränderungen, in den Prozessen wie zum Beispiel bei der Einführung des neuen Personalausweises, des neuen Bundesmeldegesetzes etc.) sowie einer sich demografisch dynamisierenden Bevölkerung. (Anlage 1)

Die Kennzahlen bei den Ausweisdokumenten werden durch einen kurvenförmigen Verlauf geprägt. In Ergänzung zum GPA Bericht wird die Entwicklung der Fallzahlen für Dokumente der Jahre 1987 – 2015 beigefügt (Anlage 2).

Seit September 2011 wurden die Aufgaben des Pass- und Meldewesens am Steinweg 20 zentralisiert. Die vom Rat beschlossene Zentralisierung der Aufgaben des Pass- und Meldewesens des Einwohnermeldeamtes wurde bislang von keiner anderen Vergleichsstadt umgesetzt. Im Vorfeld der Zentralisierung ging die Verwaltungsleitung von stark sinkenden Einwohnerzahlen aus. Gleichzeitig werden neben der Zentralisierung weiterhin Nebenstellen (Bürgerbüros) mit den Produkten des Einwohnermeldeamtes mit Ausnahme von Personalausweisen und Reisepässen unterhalten.

Nach Ansicht des GPA NRW geht die Unterhaltung der Bürgerbüros zulasten der Wirtschaftlichkeit und mindert den Konsolidierungserfolg der Zentralisierung.

8% aller Fälle werden nach dem GPA Bericht in den Nebenstellen bearbeitet.

Die konsequente Zentralisierung bietet klare Vorteile, wohingegen das Weiterführen der Nebenstellen einen erhöhten Personalbedarf und weitere Gebäudekosten nach sich zieht.

Denn die Besetzung der Bürgerbüros erfolgt durch Mitarbeiter der Zentrale und der personelle Mehraufwand mit entsprechenden Wegezeiten erfordert einen personellen Mehraufwand von ca. 0,72 Vollzeitstellen.

Die Vorteile der Zentralisierung werden hierdurch nicht voll ausgeschöpft.

Gegenüber anderen kreisfreien Städten stellt die GPA NRW niedrige Personalaufwendungen beim Einwohnermeldeamt Wuppertal fest (S. 4 des Berichts). Diese geht in der Hauptsache auf eine niedrige Personalausstattung Mitarbeiter / Fälle in Wuppertal zurück.

Diese niedrige Personalausstattung ergibt sich aus Stellenkürzungen der Jahre 2009 und 2010 mit insgesamt 6,00 Vollzeit-Stellen. Im Jahr 2013 wurden weitere 3,00 Vollzeit-Stellen Stellen in der Sachbearbeitung gekürzt.

2. Standort Steinweg 20

Das Gebäude am Steinweg selbst bietet aus Sicht der GPA NRW keine angemessenen Räumlichkeiten zur Bewältigung von Publikum, insbesondere nicht in Monaten mit überdurchschnittlichem Publikumsaufkommen. Die GPA NRW empfiehlt zu prüfen, inwieweit der Standort Steinweg 20 zur Gewährleistung des dauerhaften zentralen Dienstleistungsangebotes optimiert werden kann oder ggf. ein anderer zentraler Standort wirtschaftlicher und effektiver ist.

3. Entwicklung:

Im Frühjahr und im Sommer 2014 führten eine erhöhte EU-Binnenmigration sowie eine hohe Krankenquote (in der Spitze 35%) zu ausgesprochen langen Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter haben auf maximalem Leistungsniveau gearbeitet. Ein „Mehr“ war nicht möglich, die gesundheitlichen Grenzen der Belastbarkeit für die Mitarbeiter/innen waren dauerhaft erreicht.

Im Januar 2015 erfolgte eine Aufstockung von 5,6 Vollzeitstellen.

Diese geht ausschließlich auf die gesetzlichen Änderungen für Dokumente in Zusammenhang mit dem neuen Personalausweis aus dem Jahr 2010 zurück.

Die GPA NRW empfiehlt einen Ausbau des Termingeschäftes (Online-Terminvergabe).

Dieser Empfehlung folgte eine Mittelfreigabe für ein entsprechendes bereits implementiertes Aufrufsystem.

Der merkliche demographische Wandel insbesondere durch die Zuzüge von Migranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden führt dazu, dass sich durch unzureichende deutsche Sprachkenntnisse und häufig unvollständige Unterlagen die Bearbeitungszeiten der Prozesse deutlich verlängern.

Vor diesem Hintergrund der mengenmäßigen (quantitativen) und inhaltlichen (qualitativen) Veränderung von Bearbeitungsprozessen sind ohne Veränderung der personellen und örtlichen Gegebenheiten längere Wartezeiten in den publikumsintensiven Monaten unvermeidbar.